Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Beschluss vom 22.11.2007

Tenor

- I. Die Beschwerde wird zurückgewiesen.
- II. Der Kläger trägt die Kosten des Beschwerdeverfahrens.
- III. Der Streitwert wird auf 500,- EUR festgesetzt.

Gründe

I.

1. Der Kläger und Antragsteller (im Folgenden: Kl.), irakischer Staatsangehöriger, hat nach seiner Einreise im Jahre 2001 ein Asylverfahren betrieben, in dem schließlich das Vorliegen der Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG festgestellt wurde. Daraufhin erhielt er eine zuletzt bis 12. Januar 2007 verlängerte Aufenthaltserlaubnis gemäß § 25 Abs. 2 AufenthG.

Mit zwischenzeitlich bestandskräftigem Bescheid vom 21. Februar 2005 hat das Bundesamt die Feststellung der Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG widerrufen und festgestellt, dass die Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 AufenthG sowie Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2–7 AufenthG nicht vorliegen; dabei hat sich das Bundesamt in den Gründen mit den Tatbestandsmerkmalen des § 60 Abs. 7 AufenthG inhaltlich auseinander gesetzt und beruft sich im Übrigen auf die Beschlusslage der Innenministerkonferenz.

Am 18. Januar 2007 hat der Kl. Verlängerung seiner Aufenthaltserlaubnis beantragt. Anlässlich einer sicherheitsrechtlichen Befragung am 31. Januar 2007 hat er zur Frage früherer Aufenthalte im Iran unzutreffende Angaben gemacht. Nach Anhörung hat die Beklagte und Antragsgegnerin (im Folgenden: Bekl.) die Erteilung eines Aufenthaltstitels abgelehnt und den Kl. unter Fristsetzung zur Ausreise aufgefordert sowie andernfalls seine Abschiebung u. a. in den Irak angedroht. Auf die umfangreiche Begründung wird verwiesen. Derzeit ist der Kl. im Besitz einer Duldung gemäß § 60 a Abs. 2 AufenthG.

2. Dagegen hat der Kl. am 24. Mai 2007 Klage erheben und Bewilligung von Prozesskostenhilfe sowie Anwaltsbeordnung beantragen lassen. Zur Begründung wurde im Wesentlichen vorgetragen:

Der Kl. habe Anspruch auf subsidiären Schutz unmittelbar aus Art. 15 c der Richtlinie 2004/83/EG vom 29. April 2004 (sog. Qualifikationsrichtlinie = QRL); hierzu wurde auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 21. Mai 2007 - 4 K 2563/07 verwiesen, wonach § 25 Abs. 3 AufenthG entsprechend anzuwenden sei. Im Übrigen erfülle der Kl. alle Integrationsanforderungen.

Die Bekl. ist dem entgegengetreten.

Mit Beschluss vom 16. August 2007 hat das Verwaltungsgericht den Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Anwaltsbeordnung abgelehnt, da der Kl. keinen Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels habe. Er erfülle nicht die zeitlichen Anforderungen des Bleiberechtsbeschlusses vom 17. November 2006. Mangels Asylberechtigung sei § 25 Abs. 1 Satz 1 AufenthG nicht gegeben und wegen fehlender Feststellung gemäß § 60 Abs. 1 AufenthG sei § 25 Abs. 2 Satz 2 AufenthG nicht anwendbar. Auch aus § 25 Abs. 3 Satz 1 AufenthG resultiere kein Anspruch, da Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 AufenthG vom Bundesamt nicht festgestellt seien. Hieran seien die Behörde und das Gericht gemäß § 42 Satz 1 AsylVfG grundsätzlich gebunden und nicht zu einer eigenen inhaltlichen Prüfung berechtigt; eine Ausnahme im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts liege wegen der materiellen Prüfung eine individuell-konkreten Gefährdungslage durch das Bundesamt nicht vor. § 25 Abs. 3 AufenthG könne auch nicht in Verbindung mit Art. 15 c QRL analog angewandt werden. § 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG scheidet wegen der angestrebten nicht nur vorübergehenden Aufenthaltsdauer aus und ein außergewöhnlicher Härtefall gemäß § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG sei nicht erkennbar. Schließlich seien auch die tatbestandsmäßigen Voraussetzungen des § 25 Abs. 5 AufenthG nicht erfüllt und § 26 Abs. 3 AufenthG nicht einschlägig sowie die erforderliche Dauer einer Aufenthaltserlaubnis gemäß § 26 Abs. 4 AufenthG nicht gegeben. Die Abschiebungsandrohung gemäß § 59 AufenthG begegne keinen rechtlichen Bedenken; die Ausreisefrist sei angemessen.

Der Beschluss ist der Bevollmächtigten am 20. August 2007 zugegangen.

3. Dagegen hat der Kl. mit Fax-Schreiben seiner Bevollmächtigten vom 30. August 2007 Beschwerde einlegen lassen, die mit Schriftsatz vom 23. Oktober 2007 im Wesentlichen folgendermaßen begründet wurde:

Die Erfolgsaussichten der Klage seien nicht offensichtlich zu verneinen. Vielmehr komme eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 Satz 1 AufenthG in Frage. Zwar komme der Ausländerbehörde grundsätzlich keine eigene Prüfungscompetenz hinsichtlich eines Abschiebungsverbots nach § 60 Abs. 7 AufenthG zu, nach Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts jedoch ausnahmsweise dann, wenn dem Ausländer im Herkunftsland infolge einer allgemeinen Gefahrenlage eine extreme Gefahr für Leib und Leben im Sinne § 60 Abs. 7 AufenthG drohe. Dies sei dem Widerrufsbescheid des Bundesamtes vom 21. Februar 2005 zu entnehmen. Nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart seien die Kriterien des Art. 15 c QRL gegenwärtig im Irak erfüllt. Dies drohe auch dem aus Kerkuk stammenden kurdischen Kl. Damit wäre eine eigene Prüfung durch die Ausländerbehörde zulässig und geboten gewesen. Auch ein Aufenthalt gemäß § 25 Abs. 4 AufenthG sei gerechtfertigt, da nur so lange angestrebt als im Irak die extreme Gefahrenlage anhalte. Schließlich würde eine Rückkehr für den weitgehend integrierten Kl. eine außergewöhnliche Härte darstellen.

Die Bekl. ist dem mit Schriftsatz vom 8. November 2007 entgegengetreten.

II.

1. Die statthafte Beschwerde gegen die Ablehnung von Prozesskostenhilfe und Anwaltsbeordnung im erstinstanzlichen Verfahren ist zulässig (§§ 146 Abs. 1, 147 Abs. 1 VwGO). Sie erweist sich jedoch als unbegründet, weil die aufenthaltsrechtliche Klage auch nach Überzeugung des Senats keine hinreichende Aussicht auf Erfolg im Sinne § 166 VwGO, § 114 ZPO bietet.

Dabei geht der Kl. bereits von einem unzutreffenden Maßstab aus, wenn er meint, nicht offensichtlich zu verneinende Erfolgsaussichten der Klage seien hierfür ausreichend. Zwar bedarf es keiner Gewissheit, dass die Klage erfolgreich sei, die Erfolgsaussichten müssen jedoch zumindest ebenso hoch sein wie die Aussicht einer Abweisung der Klage. Hinreichende Anhaltspunkte hierfür sind jedoch nicht erkennbar:

Dem Kl. steht insbesondere kein Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gemäß § 25 Abs. 3 Satz 1 AufenthG zu. Vorliegend wurde im asylrechtlichen Bescheid vom 21. Februar 2005 ausdrücklich festgestellt, dass bei ihm u. a. die Voraussetzungen des § 60 Abs. 7 AufenthG nicht vorliegen. An diese negative Feststellung des zuständigen Bundesamtes ist die Ausländerbehörde – wie der Kl. durchaus einräumt – gemäß § 42 Abs. 1 AsylVfG grundsätzlich gebunden. Die Voraussetzungen für eine ausnahmsweise eigene Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 7 AufenthG durch die Ausländerbehörde, wie sie das Bundesverwaltungsgericht im Urteil vom 27. Juni 2006 - 1 C 14/05 als möglich erachtet hat, liegen im gegebenen Fall nicht vor, da das Bundesamt seine Feststellung aufgrund materieller Prüfung einer individuell-konkreten Gefahrenlage (vgl. S. 8–10 des Bescheids vom 21.2.2005) getroffen und nicht entscheidungserheblich auf die Erlasslage abgestellt hat.

Auch die Voraussetzungen für eine entsprechende Anwendung des § 25 Abs. 3 AufenthG i. V. m. der sog. Qualifikationsrichtlinie, wie sie in der zitierten Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 21. Mai 2007 angenommen werden, liegen nach Überzeugung des Senats nicht vor. Entgegen dieser Rechtsprechung lässt Art. 15 c QRL nämlich keine allgemeine Bedrohung als Voraussetzung für einen subsidiären Flüchtlingsschutz genügen, sondern setzt eine individuelle Bedrohung voraus. Dies besagt der Wortlaut und ergibt sich auch unmissverständlich aus dem Erwägungsgrund Nr. 26 der Richtlinie, der integraler Bestandteil des gemeinschaftlichen Rechtsaktes und deshalb zur Auslegung seiner Regelungen heranzuziehen ist. Die Folgen eines bewaffneten Konflikts als kriegs- oder bürgerkriegsgleichen Zustandes wie die vom Kl. geltend gemachte schlechte Sicherheits- und Versorgungslage betreffen jedoch die Bevölkerung allgemein und fallen somit nicht in den Regelungsbereich der Vorschrift (so auch BVerwG, B. v. 15.5.2007 - 1 B 217/06, VGH BW, B. v. 8.8.2007 - A 2 S 229/07 mit kritischer Auseinandersetzung zum Urteil des VG Stuttgart a. a. O., Hess.VGH, B. v. 9.11.2006 - 3 UE 3238/03.A und B. v. 26.6.2007 - 8 UZ 452/06.A sowie OVG Schleswig-Holstein, B. v. 22.12.2006 - 1 LA 125/06). Dementsprechend ist der Begründung zur Änderung des § 60 Abs. 7 AufenthG und Einführung des seit 28. August 2007 in Kraft getretenen § 60 Abs. 7 Satz 2 AufenthG (BGBl I 2007, S. 1970 ff.), mit dem Art. 15 c QRL in nationales Recht umgesetzt wurde, zu entnehmen, dass allgemeine Gefahren, denen die Bevölkerung oder eine Bevölkerungsgruppe des

Landes ausgesetzt ist, grundsätzlich keine individuelle Bedrohung im Sinne der Qualifikationsrichtlinie darstellen, sondern im Rahmen einer Anordnung nach § 60 Abs. 1 Satz 1 AufenthG (Duldung aus humanitären u. a. Gründen) zu berücksichtigen sind (so bereits BayVGh, B. v. 8.10.2007 - 19 CS 07.1987 und B. v. 5.10.2007 - 19 C 07.1705). Soweit der Kl. der Ansicht ist, dass zwischenzeitlich eine individuelle Bedrohung jedes einzelnen Mitglieds der Zivilgesellschaft des Irak im Sinne § 60 Abs. 7 Satz 2 AufenthG vorliegt, müsste er dies – worauf die Bekl. im streitgegenständlichen Bescheid zutreffend hinweist – richtigerweise beim zuständigen Bundesamt in Form eines Folgeantrags gemäß § 71 Abs. 1 AsylVfG geltend machen.

Ein erneut geltend gemachter Anspruch gemäß § 25 Abs. 4 AufenthG scheidet bereits daran, dass kein nur vorübergehender Aufenthalt im Sinne dieser Norm angestrebt wird, wenn an eine völlig ungewisse und in zeitlicher Hinsicht unabsehbare Entwicklung im Heimatstaat des Ausländers angeknüpft wird. Vielmehr wird dann ein Aufenthalt von unbestimmter Dauer begehrt, für den § 25 Abs. 4 AufenthG nicht einschlägig ist (vgl. BVerwG, U. v. 7.9.1999 - 1 C 6/99).

Es stellt auch keine außergewöhnliche Härte dar, wenn der Kl. trotz weitgehender Integration in die Bundesrepublik diese verlassen muss. Insoweit ist keine individuelle Sondersituation erkennbar, vielmehr betrifft dies zahlreiche in der Bundesrepublik befindliche Ausländer, die einen in einem Asylverfahren erworbenen Status aufgrund geänderter Situation in ihrem Heimatland verloren haben.

Schließlich führt auch eine unabhängig vom Vorbringen des Kl. durchzuführende summarische Prüfung der Erfolgsaussichten der Rechtsverfolgung zu keinem anderen Ergebnis. Dem Kl. steht nämlich auch aufgrund anderer Rechtsgrundlagen kein Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels zu. Insoweit folgt der Senat den zutreffenden Gründen des angefochtenen Beschlusses vom 16. August 2007 und sieht von einer weiteren Begründung ab (§ 122 Abs. 2 Satz 3 VwGO).

2. Die Kostenentscheidung entspricht § 154 Abs. 2 VwGO. Die Kosten des Beschwerdeverfahrens werden nicht erstattet (§ 166 VwGO; § 127 Abs. 4 ZPO). Die Festsetzung des Streitwerts beruht auf §§ 63 Abs. 2, 47 Abs. 1, 3 und 52 Abs. 1 GKG entsprechend den im erstinstanzlichen Gerichtsverfahren voraussichtlich zu erwartenden Kosten des Kl.

Diese Entscheidung ist nicht anfechtbar (§§ 152 Abs. 1, 158 Abs. 1 VwGO; §§ 68 Abs. 1 Satz 5, 66 Abs. 3 Satz 3 GKG).

Vorinstanz: VG Regensburg, Beschluss vom 16.8.2007, RO 9 K 07.762